nd der tag **Feuilleton** Nr. 163 Freitag, 16. Juli 2021

Plauderei auf hohem Niveau

Ein Berufspolitiker und ein Staranwalt diskutieren den Rechtsstaat: Egon Krenz und Friedrich Wolff

KARLEN VESPER

as ist das denn für ein Buchtitel: »Komm mir nicht mit Rechtsstaat«. Provokation? Ironie? Sarkasmus? Unterstellung? Oder empirische Erkenntnis? Titel wie Inhalt dieses Buches werden gewiss nicht wenige in der sich gern und stolz als lupenreiner Rechtsstaat deklarierenden Bundesrepublik Deutschland gut situiert lebenden Bürgern, Staatsdiener sowieso, empören. Auch einige nach 1990 rasch gewendete Bürgerrechtler. Die Namen der in diesem Band ihre Gedanken, Erlebnisse und Erfahrungen austauschenden Männer könnten zum Trugschluss verleiten, hier würden »Ewiggestrige« sich in ihren Ansichten zur Zeit und Zeitgeschichte nur gegenseitig bestärken. - Ewiggestrige? Warum hat es dieses Wort noch nicht auf die Unwortliste der Gesellschaft für deutsche Sprache geschafft?

Die Protagonisten des hier anzuzeigenden Gesprächsbandes äußern sich selbstbewusst zu dem seit 1990 wabernden, nicht nur sie, sondern alle Ostdeutschen, die ihre Fähnchen nicht in den bundesdeutschen Wind hingen, stigmatisierenden Vorwurf. Egon Krenz, letzter SED-Generalsekretär und verunglückter, unglücklicher Reformer: »Manche setzen ›ewig gestrig‹ mit ›unbelehrbar‹ gleich.« DDR-Staranwalt Friedrich Wolff, mittlerweile stolze 98 Jahre alt, bekundet forsch: »Ich bin sehr belehrbar. Bis 1990 hatte ich beispielsweise eine sehr hohe Meinung von der westdeutschen Rechtsprechung. Bis ich Honecker als Mandanten hatte.« Krenz räumt ob der Behauptung »angeblicher Fixierung auf die DDR-Vergangenheit« ein: »Es stimmt, und es stimmt wiederum nicht. Wir nehmen doch, im Rahmen unserer Möglichkeiten, am gegenwärtigen Leben teil. Wir sind, in Maßen, politisch aktiv, lesen Zeitungen, verfolgen die Nachrichten, ärgern oder freuen uns über bestimmte Entwicklungen.« Worauf Wolff einwendet: »Viele Anlässe zur Freude gibt es nicht gerade. Wir können uns gegenseitig den Kanon der Ärgernisse vorsprechen, von A wie Afghanistan und dem dortigen Bundeswehreinsatz über C wie Covid-19 und die Maßnahmen gegen die Pandemie, weiter über T wie Trump und R wie Russophobie bis hin zu Z wie ZDF und dem dort beheimateten Furor gegen die Volksrepublik China. Bei jedem einzelnen Thema kommt mir die Galle hoch.«

So weit, so gut. Aber wie, bitteschön, fanden der Berufspolitiker und der Rechtsgelehrte zueinander? Zwei Männer unterschiedlicher Herkunft, Sozialisation und Profession. Wolff, in den sogenannten Goldenden Zwanzigern in Berlin-Neukölln als Sohn eines jüdischen Arztes und einer protestantischen Mutter geboren, war unter anderem Strafverteidiger in politischen Prozessen. Etwa gegen Aufständische vom 17. Juni 1953 und des Cheflektors des Aufbau-Verlages, Walter Janka, sowie 1975 des in der Bundesrepublik angeklagten Top-Spions des DDR-Auslandsgeheimdienstes, Günter Guillaume. Krenz, Jahrgang 1937, begann seine politische Karriere in der FDJ, der Freien Deutschen Jugend, und trat im Oktober 1989 die Nachfolge von Erich Honecker auch als Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR an eine Ämterhäufung, die von jenen damals auf Straßen und Plätze strömenden Hunderttausenden DDR-Bürgern eben nicht mehr gewollt war, weshalb denn seine Amtstage begrenzt waren. Die beiden Männer teilen politische Grundüberzeugungen. »Gelegentlich treffen sie sich zum Gedankenaustausch, so auch im September 2020«, erläutert Verleger



Der Partnerlook mit bekennend rotem Pullover kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch Dissens zwischen Krenz und Wolff gab.

Frank Schumann in seiner Vorbemerkung. Das mehrere Tage währende Gespräch habe kaum der Moderation bedurft. Das glaubt man gern. Man findet während der Lektüre bestätigt: Ein Wort ergibt das andere. Die Exponenten kommunizieren auf gleicher Wellenlänge, auch wenn es mitunter Dissens gibt.

Es ist ein Geschichtsbuch der besonderen Art. Ein Parforceritt durch jüngste deutsche Historie, gespickt mit persönlichen Erinnerungen – an die Hitlerdiktatur, die Eroberungs- und Vernichtungsfeldzüge der Nazis, den Kalten Krieg, die Teilung Deutschlands, den antifaschistisch-demokratischen Neubeginn im Osten und die Restauration im Westen. An die Bonner Hallsteindoktrin mit ihrem Alleinvertretungsanspruch, über den Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1973 sowie die Früchte der Entspannungspolitik bis hin zur Erosion und Implosion des ostdeutschen Staates und dessen Einverleibung in die Bundesrepublik – »deren Bürger wir 1990 ohne unser Zutun geworden sind«, wie Krenz sagt. Wolff ergänzt: »Was heißt ›ohne unser Zutun<? Ich bin so wenig gefragt worden wie Millionen andere DDR-Bürger auch. Der Verweis auf das Volkskammervotum am 18. März 1990, mit dem dieser Anschluss demokratisch legitimiert worden sei, ist eine weitere Lebenslüge dieses Staates. Wir wissen doch, wie diese Wahlen liefen. Hier haben westdeutsche Parteien massiv Wahlkampf gemacht und die Leute überrumpelt, mindestens getäuscht mit Versprechungen von blühenden Landschaften und dass es niemandem schlechter gehen werde.«

Im Mittelpunkt steht, wie der Titel verheißt, die Debatte um Rechtsstaat und Rechtsstaatlichkeit, was einen Diskurs über das politisch-polemische Kunst- und Unwort »Unrechtsstaat« impliziert, von Krenz und Wolff vehement abgelehnt. Und vom Juristen mit fachlichen Argumenten und Zitaten westdeutscher Kollegen untermauert, deren Sprachschatz ebenfalls nicht jenen maßgeblich vom ehemaligen bundesdeutschen Justizminister und vormaligen BND-Chef Klaus Kinkel geprägten Begriff kennt. Wolff geht schließlich gar soweit, die DDR den eigentlichen Rechtsstaat auf deutschem Boden zu nennen. Dafür bringt er plausible Gründe vor, die Krenz aus seiner politischen Praxis zu bestätigen, respektive zu bereichern weiß.

Das beginnt mit der Feststellung, dass sich die Bundesrepublik selbst explizit als Rechtnachfolger des im Gefolge eines unter preußischer Ägide provozierten Krieges 1871 im Spiegelsaal von Versailles ausgerufenen »Deutschen Reichs« versteht. Von Verfassungsrichtern damit begründet, »dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist«. Tja, da muss sich eigentlich keiner über die Umtriebe der obskuren »Reichsbürger« wundern.

»Die Bundesrepublik ist in Wahrheit kein Rechts-, sondern ein Gerichtsstaat.« Helmut Schmidt

Andererseits, so Krenz und Wolff, will die Bundesrepublik trotz Betonung staatlicher Kontinuität mit den Verbrechen des NS-Regimes nichts zu tun haben, lehnt diesbezüglich jegliche Verantwortung ab, was unter gleich in der DDR gefällte Urteile gegen Nazianderem die beharrliche Verweigerung von Entschädigungszahlungen an Griechenland als ein Opfer deutsch-faschistischen Okkupationsterrors bezeugt. In der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR hingegen wurde ein wirklicher Neuanfang, ein konsequenter Bruch mit unseligen Kontinuitäten gewagt. Dies wirkte sich auch aufs Rechtssystem aus, das volkstümlicher, volksnäher als das bundesdeutsche war. Schon in der Sprache, kein Juristenkauderwelsch, das der gemeine Mann und die gemeine Frau nicht verstehen. Dieser Vorzug ist übrigens auch in der westdeutscher Zunft anerkannt, weshalb denn vor Jahren an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ein

Versuch gestartet worden ist, die bundesrepublikanische Juristensprache verständlicher zu gestalten. Krenz/Wolff benennen als Vorteile des DDR-Rechtssystems des Weiteren das Arbeits- und Familienrecht, die Schieds- und Konfliktkommissionen sowie die Eingabenkultur, die teurere und langwierige Gerichtsverfahren erübrigte. Und Krenz erinnert sich zudem an ein Treffen von Honecker mit Helmut Schmidt: Der Bundeskanzler meinte damals, die Bundesrepublik sei »in Wahrheit kein Rechts-, sondern ein Gerichtsstaat«. Nach 1990 von Zigtausenden Ostdeutschen erlebte, erlittene Realität. Andererseits, so gibt Wolffs zu bedenken, gab es in der DDR keine Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit – weil sie »als Ausdruck bürgerlicher, also kapitalistischer Staats- und Rechtsvorstellungen betrachtet« worden sind, die es zu überwinden galt.

Dissens scheint auf hinsichtlich der »Schauprozesse« in der DDR. Krenz lehnt diese Bezeichnung als »Kampfbegriff der Westpropaganda« ab, während Wolff konzediert, dass in der Tat »politisch-moralische Urteile« gefällt worden sind, »was üblicherweise nicht Aufgabe der Justiz ist«. Das geschah aber auch die b'Bundesrepublik, etwa mit dem KPD-Verbot und im Zuge des »Radikalenerlasses« sowie bei den Prozessen gegen DDR-Funktionsträger. Krenz wurde zu sechs Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt, während zeitund Kriegsverbrecher willkurlich und wider rechtlich aufgehoben wurden. Rehabilitiert wurde zum Beispiel der Judenmörder und bundesdeutsche Vertriebenenminister Theodor Oberländer, den Wolff im damaligen DDR-Prozess als Pflichtverteidiger vertrat.

Es gäbe noch viel zu diesem Erkenntnis bringenden, auch Widerspruch herausfordernden Band zu sagen, »Plauderei« auf hoher intellektueller Ebene und vielfach amüsant. Da hier indes kein Raum mehr hierfür gegeben ist, sei mit einem Zitat aus dem Band geendet: »Machen wir für heute Schluss.«

Egon Krenz/Friedrich Wolff: Komm mir nicht mit Rechtsstaat. Edition Ost, 208 S., br., 15 €.

Die CD der Woche. Weitere Texte unter: nd-online.de/plattenbau

PLATTENBAU

Fünfzig Tönungen von Grau

JENS BUCHHOLZ

Anfang der 80er fanden Jugendliche es schön, sich Bilder von weinenden Bajazzos in ihrem Zimmer aufzuhängen. Vielleicht lag das an David Bowies von den New Romantics beeinflusstem Video zu seinem Hit »Ashes to Ashes« in dem er als ebensolcher Bajazzo auftritt. Vielleicht lag es aber auch daran, dass sich im heraufziehenden Zeitalter der Ironie und der guten Laune alle wie traurige Clowns fühlten, die irgendwie den Zugang zu ihren Gefühlen verloren hatten. Worüber hätte man in der westlichen Konsumgesellschaft auch traurig sein sollen? Es gab ja alles, was man brauchte, und auch das, was man nicht brauchte, aber trotzdem haben wollte. Andererseits fühlte sich diese Zeit auf unwirkliche Weise apokalyptisch an: Saurer Regen, Waldsterben, Kalter Krieg und Tschernobyl machten einem keine große Lust auf die Zukunft.

Beim Anhören von Fritzi Ernsts Solodebüt »Keine Termine« hat man sie dauernd als einen solchen Bajazzo vor Augen. Denn: Es ist ernst. Alle Ironie kann den bitteren Wohlstandsschmerz der Künstlerin nicht überdecken. Diese süße Bitterkeit, das können ansonsten nur Isolation Berlin, Christiane Rösinger und vor allem Die Heiterkeit. Aber während sich Heiterkeit-Sängerin Stella Sommer mit ihrem merkwürdigen englischsprachigen Soloalbum komplett ihrer Ausdrucksfähigkeit beraubt hat, zeigt Fritzi Ernst, wie man einem traurigen Tag mehr als nur fünfzig Tönungen von Grau abgewinnt. Und sie zeigt, wer für die Qualitätssicherung bei ihrer alten Band Schnipo Schranke zuständig

Alle Ironie kann den bitteren Wohlstandsschmerz der Künstlerin nicht überdecken. Diese süße Bitterkeit, das können ansonsten nur Isolation Berlin, Christiane Rösinger.

Denn während ihre ehemalige Partnerin Daniela Reis mit Ducks on Drugs merkwürdigen Synthie-Pop produziert, geht Ernst in die Tiefe. When Reis goes low, Fritzi goes high.

»Alle wollen was erleben / ich könnt' mich übergeben ...« aus dem vorab veröffentlichten Titelsong könnte zum Motto des Albums werden. Und natürlich: »Alle treffen sich mit Leuten / ich nur raus zum Therapeuten«. Der Sound ist komplett getragen vom Ernsts Klavierspiel. Alle anderen Instrumente sind zierende Beigaben. Und im Bereich Popmusik wichtig: Es gibt keine Gitarren, nur einen Bass. Fritzi Ernst hat drei Typen von Liedern am Start: Flotte Uptempo-Songs mit todtraurigen Texten (Typ 1), langsam verhallende Leidensballaden mit todtraurigen Texten (Typ 2) und kurze, skizzenhaft angelegte Songsplitter mit todtraurigen Texten (Typ 3). Immer hat man ein bisschen das Gefühl, dass Ernst ihr Leiden vom Grund eines Aquariums heraufruft. durch dessen dicke Scheibe sie von der Welt getrennt ist und befremdet nach draußen schaut. Annäherung geht grundsätzlich schief und gelingt nur, wie in dem Song »Wieder einen gebaut« (Typ 2), wenn man bekifft ist. Oder die Annäherung gelingt, wenn man sich selbst aufgibt und sich in allen möglichen Rollen anbietet, wie in dem kinderkanonartigen Song »Ich kann deine Mutter sein oder deine Schwester« (Typ 1). In »Höhle« (Typ 1) lädt sie den Hörer in ihre Einsamkeit ein. Und in dem an »Tainted Love« erinnernden »Ich weiß« (Typ 1) stalkt sie ihr Liebesobjekt, über das sie alles weiß und das sie bedingungslos verzweifelt anbetet.

Bei den meisten Songs kann man als Hörer melancholisch mitleiden. Vor allem bei den Typ-1-Songs »Keine Termine« oder »Trauerkloß« kann man sogar ein bisschen mitwippen. Aber manchmal krallt die Verzweiflung schon ziemlich schmerzhaft zu, und dann tut es beim Hören so weh, dass man fast ein bisschen Angst um die Künstlerin hat. Beispielsweise beim Typ-3-Song »Alles Liebe«. Keine leichte Kost. Aber große Kunst.

NETZWOCHE

Weitere Beiträge dieser Rubrik finden Sie unter: dasnd.de/netzwoche

Verantwortung

Medien mahnen, Politik schweigt, und die Kunst springt jetzt ein

DANIEL LÜCKING

»BREAKING: Wir finanzieren seit einer Woche ein SAFE HOUSE für ehemalige Mitarbeiter*innen der Bundeswehr & deutschen Botschaft in Afghanistan, weil es die deutsche Bundesregierung nicht tut und diese Menschen schützt. 45 Mitarbeiter*innen sind bereits mit ihren Familien da«, twitterte am Donnerstag das Zentrum für Politische Schönheit (ZPS).

Mittlerweile sind seit dem Abzug der letzten Bundeswehrsoldat*innen aus Afghanistan zwei Wochen vergangen. Zurück

blieben ehemalige Mitarbeitende der Truppe, die nun um ihr Leben bangen, weil die Taliban sie der Kooperation mit dem Feind bezichtigen. Die Wut der Künstler*innen vom Zentrum ist spürbar. Sie fordern die Bundesregierung auf, endlich Verantwortung zu übernehmen. »Warum müssen zivilgesellschaftliche Akteure den Scherbenhaufen aufräumen, den die deutsche Politik vor Ort hinterlassen hat?«, will das ZPS von Regierungssprecher Steffen Seibert wissen.

Seibert und andere Kolleg*innen aus dem Bundespresseamt hantieren seit mehreren Monaten in der Bundespressekonferenz mit den immer gleichen Floskeln. In den Protokollen der Sitzungen und digital in den Aufzeichnungen des Journalist*innen-Teams von »Jung und Naiv« sind die Versuche dokumentiert, die Regierung als großzügig helfend darzustellen. Man bekennt sich zur Verantwortung »für viele dieser Menschen«, sagt Regierungssprecher Seibert.

Doch viele sind eben nicht alle. Längst stehen keine deutschen Truppen mehr zum

Schutz zur Verfügung. Militärflüge raus aus dem Land waren vom Verteidigungsministerium kurzzeitig in Aussicht gestellt und entpuppten sich schnell als Luftnummer. Wer Afghanistan wegen einer Tätigkeit für die Bundeswehr verlassen will, gibt nicht nur Hab und Gut sowie das soziale Umfeld auf, sondern startet auch in eine kaum gesicherte Existenz in Deutschland. Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) forderte kürzlich, dass wenigstens die Flugkosten für die Flucht getragen werden. Mit dem Bundesinnenministerium offenkundig nicht zu machen.

Stattdessen installierten Auswärtiges Amt und Bundesinnenministerium ein weltfremdes Antragsverfahren für Visa. So wurde ein Büro in Kabul eingerichtet, in dem Anträge gestellt und Visa entgegengenommen werden können. Ein Großteil der Ortskräfte lebt allerdings im gut 400 Kilometer von Kabul entfernten Masar-e Scharif.

Im Facebook-Chat mit »nd« schilderte in der vergangenen Woche eine betroffene

Ortskraft, dass der Weg nach Kabul nicht mehr angetreten werden könne, da die Taliban die Ortsausgänge und Straßen längst kontrollieren würden.

Das »Patenschaftsnetzwerk Afghanische

Ortskräfte« versucht derzeit, via Facebook spenden zu generieren, um die Safe House genannten Schutzhäuser in Kabul anbieten zu können. Mit rund 100 Schutzsuchenden ist jedoch die Kapazitätsgrenze längst erreicht. In den Facebook-Postings ist auch die Gruppe »The Forgotten 26« - Die Vergessenen 26 – zu finden. Sie waren zuletzt nicht mehr direkt bei der Bundeswehr angestellt, wurden aber von deutschen Soldat*innen bei der Medienarbeit begleitet, mit der sie hauptsächlich die afghanische Armee in Szene setzen sollten. Auch sie sitzen in Masar-e Scharif fest. Auf die Frage an die Bundesregierung, wie sie an Visa kommen sollen, um das Land zu verlassen, empfehlen Sprecher der Ministerien den Weg des E-Mail-Antrages. Das Verlassen des Landes ist indes weiterhin nicht digitalisierbar.

Fritzi Ernst »Keine Termine« (Bitte freimachen)